

175/2007

Stuttgart, den 10.05.2007

Grüne: Debatte um dreigliedriges Schulsystem darf nicht abgewürgt werden

Renate Rastätter: Disziplinarische Maßnahmen gegen Schulleiter sind „obrigkeitsstaatlich und autoritär“

Als „obrigkeitsstaatlich und autoritär“ hat die schulpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag die Vorladung zur Schulaufsicht für die Initiatoren eines offenen Briefes an den Kultusminister kritisiert. 97 Hauptschulleiter aus Südwürttemberg hatten sich in ihrem Schreiben kritisch mit dem dreigliedrigen Schulsystem auseinandergesetzt und eine Schulstrukturreform gefordert, die im Kern eine längere gemeinsame Schulzeit für alle Schülerinnen und Schüler zum Ziel hat. „Die öffentlichen Reaktionen zeigen, dass die Schulleiter mit ihrem Brief eine Debatte ausgelöst haben, die klängst überfällig ist“, sagte Renate Rastätter.

Unerträglich und an der Sache vorbei sei allerdings die Reaktion des Kultusministers zu bewerten. „Wer sich jeglicher Veränderung verweigert, die sich immer drängender aus demografischer wissenschaftlicher und internationaler Entwicklung, und selbst die Debatte darüber mit disziplinarischen Maßnahmen austreten will, handelt nicht im Interesse der Kinder. Die Schulleiter haben mit vielleicht schmerzlicher Deutlichkeit und mit den Erfahrungen aus der täglichen Praxis den Finger in die Wunde gelegt. Minister Rau muss sich nicht wundern, wenn es an der Basis gärt. Von Dialog reden und über

Selbstständigkeit von Schulen reden ist das eine, es zu praktizieren offensichtlich aber nicht erwünscht.“

Selbst Berufsverbände, die unbedingt am gegliederten Schulwesen festhalten wollen, verstricken sich in Widersprüche: So fordert die Philologenverband im gleichen Atemzug zusätzliche Lehrer mit der Begründung der ständig wachsenden Übergangsquoten auf das Gymnasium. „Diese Übergangsquoten wachsen, obwohl mit der Grundschulempfehlung aufgrund der Notendurchschnitte gerade dies verhindert werden soll, um die Abstimmung mit den Füßen zu verhindern. Diese Selektion, die die Schüler eben nicht nach ‚Begabung und Leistungsfähigkeit‘ – wie immer wieder behauptet wird - differenziert, ist nicht erst seit PISA in der Kritik: Die Tatsache, dass 25 Prozent der Hauptschüler, aber nur 4,3 Prozent der Gymnasiasten Schüler ausländischer Herkunft sind, macht deutlich, dass es sich um eine soziale Selektion handelt“, sagte Renate Rastätter.

„Die Debatte darf nicht abgewürgt werden“, so Rastätter weiter. Deshalb haben die Grünen die Hauptschulen und Schulleiter in den anderen Regionen des Landes aufgefordert, sich mit den Fakten und Forderungen ihrer südwürttembergischen Kollegen auseinanderzusetzen und diese zu unterstützen. Rastätter kündigte eine parlamentarische Initiative im Landtag an, um im Parlament über die Forderungen der Hauptschulleiter zu diskutieren.